

Forderungen der Seebrücke Freiburg zur Situation in Griechenland

Rede zur Kundgebung der Seebrücke Freiburg am 07.03.2020

Wir kennen alle die Bilder und die Nachrichten aus Griechenland. Wir sind alle erschüttert über die immer neuen Gewaltexzesse bis hin zur Erschießung eines jungen Mannes aus Syrien durch griechische Grenzer.

Diese Geschehnisse sind entsetzlich. Sie machen uns traurig und wütend.

Wir sind fassungslos, dass all dies geschehen kann in Griechenland, einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, die sich auf dem Papier vollmundig zu Menschenrechten bekennt.

Dass es in Griechenland Probleme gibt, ist nicht neu. Die griechische Verwaltung ist überfordert, mit der bekannten Folge, dass in den völlig überfüllten Lagern und HotSpots auf den griechischen Inseln schon seit langem grauenvolle Zustände herrschen.

Die Politik hat das bislang quasi achselzuckend hingenommen, ob in Europa oder in Deutschland.

Das Interesse der EU für Griechenland wurde erst neu belebt, seit die Türkei Europa mit dem Platzenlassen des EU-Türkei-Deals zu erpressen versucht.

- Jetzt also, nachdem die Lage eskaliert ist, hat die Präsidentin der EU-Kommission Griechenland besucht und sich solidarisiert.
- Sie hat aber nicht etwa Mitgefühl gezeigt für die Menschen, die auf der Flucht sind vor Krieg, Gewalt und Zerstörung, für die Menschen, die alles verloren haben, die frieren, erschöpft und traumatisiert sind, die Hunger leiden und nun erneut der Gewalt ausgesetzt sind.
- Nein, diesen Menschen bekundet Ursula von der Leyen ihre Solidarität nicht.
- Die Präsidentin der EU-Kommission stärkt Griechenland den Rücken.
- Sie tut das nicht, indem sie auf europäischer Ebene Kräfte mobilisiert, die helfen, die humanitäre Notlage in den Griff zu bekommen.
- Nicht, indem sie alles tut, damit sich möglichst viele Mitgliedsstaaten der EU möglichst schnell auf einen Aufnahmeschlüssel und auf schnelle humanitäre Aufnahmen einigen.
- Nein, Frau von der Leyen geht es um den Schutz der EU-Außengrenze durch Griechenland!
- Denn die Menschen auf der Flucht sind für die Präsidentin der EU-Kommission keine Menschen in Not. Sie sind eine Bedrohung.
- Das Problem liegt für die EU-Kommissionspräsidentin NICHT etwa darin, dass Griechenland und Ungarn mit der Aussetzung des Asylrechts gegen

europäisches Recht verstoßen, dass Griechenland Gewalt gegen schutzbedürftige Menschen ausübt.

- Nein – das Problem ist, dass diese Menschen Sicherheit und eine Perspektive in Europa suchen. Aber Europa will sie nicht. Und um sie abzuwehren, ist den europäischen Entscheidungsträger_innen jedes Mittel recht.

Das ist die Bankrotterklärung der europäischen Idee! Das ist rassistisch, fremdenfeindlich und rassistisch.

Das ist nicht mein Europa. DAS IST NICHT UNSER EUROPA! Wir haben in Griechenland keine Flüchtlingskrise. Wir haben eine humanitäre Krise! Und diese humanitäre Krise muss sofort beendet werden!

Wir sind heute hier, weil wir wütend sind. Wir werden all dem nicht tatenlos zusehen.

Wir sind viele. Und wir sind LAUT.

WIR SIND LAUT FÜR UNSER EUROPA:

- Unser Europa ist ein Europa des Miteinanders, der Solidarität und der Menschenrechte
- Unser Europa ist ein Europa, in dem Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben
- Unser Europa ist ein Europa, das Migration als selbstverständliche Realität begreift
- Unser Europa ist ein Europa, das Vielfalt als Bereicherung empfindet
- Unser Europa ist ein Europa, in dem Menschen auf der Flucht nicht als Naturkatastrophe, nicht als Bedrohung gesehen werden, sondern als das, was sie sind: Mitmenschen in existenzieller Not
- Unser Europa ist ein Europa, das Menschen auf der Flucht sichere Fluchtwege, sichere Häfen und sichere Orte zum Ankommen gewährt
- Unser Europa ist ein Europa, das die Menschenrechte nicht mit Füßen tritt, sondern sie achtet und verteidigt

DAS IST UNSER EUROPA. Dafür sind wir heute hier! Wir sind viele! Und WIR SIND LAUT!

Wir fordern von der Europäischen Union:

- Ein Bekenntnis zu den universellen Grundrechten aller Menschen. Nicht nur in Worten, sondern in Taten!
- Wir fordern Unterstützung für Griechenland, die zum sofortigen Ende der Gewalt gegen Geflüchtete führt
- Wir fordern Sofortmaßnahmen zur Linderung der Not der geflüchteten Menschen, die jetzt in Griechenland ankommen, aber auch derer, die seit Monaten und Jahren unter prekärsten Bedingungen in den griechischen Lagern leben

- Wir fordern einen funktionierenden, solidarischen Verteilschlüssel der Länder in der EU, die bereit sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen
- Wir fordern die Außerkraftsetzung des Dublin II-Ankommens

DAS IST UNSER EUROPA! Dafür sind wir LAUT!

Aber es reicht nicht, nur nach Brüssel zu schauen. Deutschland liegt in der Mitte Europas, Deutschland ist ein einflussreicher Mitgliedsstaat der EU und Deutschland könnte auch jetzt schon, hier und heute, das Leid vieler Menschen beenden und ihre Aufnahme zusagen.

Aber aus politischem Kalkül und aus Angst verweigert die Bundesregierung die sofortige Aufnahme Geflüchteter – und das, obwohl das Aufnahmekontingent seit Monaten nicht ausgereizt wurde!

Über 130 Kommunen in Deutschland haben schon mehrfach deutlich gesagt: WIR HABEN PLATZ!

Trotzdem hat es die Regierungskoalition zusammen mit der FDP und der AfD vor einigen Wochen abgelehnt, besonders schutzbedürftige unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus den griechischen Camps aufzunehmen.

Trotzdem hat eine Mehrheit im Bundestag erst am Mittwoch zwei Anträge zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger Geflüchteter und zur Stärkung der regionalen und kommunalen Aufnahme Geflüchteter abgelehnt.

Wir fordern von unserer Bundesregierung: Grenzen auf – Leben retten!

Wir fordern:

- Die sofortige Aufnahme besonders schutzbedürftiger Menschen
- Dass sich die Bundesregierung in der EU für Sofortmaßnahmen gegen die humanitäre Krise stark macht
- Dass sich die Bundesregierung für einen europäischen Verteilschlüssel stark macht und das immer neue Geschachere um die Aufnahme der Geflüchteten beendet.

Dafür stehen wir heute hier und dafür sind wir laut!

Vielen Dank

07.03.2020

/Anja Alexandersson